

Vorwärts
23. IX. 1919

248 N 23

Das Recht auf Wohnung.

Es erscheinen heute mehr Bücher, Zeitschriften und Aufsätze über das Bauwesen, als Häuser entstehen. Die Zahl der Bau Lustigen ist groß, die der Wohnungsbedürftigen ungeheuer: Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte, Rückwanderer aus dem Auslande und den geraubten Gebieten warten auf Ansiedlung. Man hat ihnen große Hoffnungen gemacht durch organisatorische Maßnahmen, Ausstellungen und Ueberteuerungszuschüsse, nun fühlen sie sich betrogen und erhöhen die allgemeine Mißstimmung.

Zur Abhilfe des Wohnungsmangels, der bei der zunehmenden Knappheit an Baustoffen doppelt spürbar ist, bleiben zwei Möglichkeiten: Einschränkung des Bedarfes an neuen Wohnungen und Bau von Häusern aus Materialien, die nicht auf Kohlen angewiesen sind. Für die Einschränkung der Nachfrage kommt bessere Ausnutzung der vorhandenen Wohnungen in Betracht. Es lassen sich insbesondere alle nur zeitweilig als Sommer- oder Stadtwohnungen benutzten Räumlichkeiten einem dauernden Gebrauch zuführen, zunächst in der Nähe der Großstädte; aber auch die Ueberfiedlung in Sommerfrischen und Badeorte kann in Frage kommen, besonders wenn sie durch Auskunftsstellen, Propaganda, materielle Förderung (z. B. billigere Frachten, Erleichterung der Möbeltransporte) unterstützt wird.

Nur Behelfscharakter hat die Belegung von Kasernen, Schulen, Schlößern und Barackenlagern.

Eine weitere, jetzt häufig angewendete Maßnahme, ist das Zusammenziehen von Verwandten, Einzelpersonen und Familien. Jedenfalls ist es im allgemeinen angenehmer, mit Nahestehenden als mit Wildfremden zusammen zu leben und man wird dann manche Unbequemlichkeit eher in Kauf nehmen. Immerhin sind unsere Etagenwohnungen in ihrer Mehrzahl nicht sehr dafür geeignet. Weit mehr sind dies die Villen, bei denen eine Trennung nach Stockwerken möglich ist. Aber auch bei großstädtischen Mietwohnungen läßt sich vielfach mit einigen baulichen Veränderungen gemeinsame Benutzung oder Teilung ermöglichen. Hierzu sind eingehende Erhebungen durch die Gemeinden erforderlich. Es kann deshalb nicht Aufgabe der Kommunalbeamten sein, diese Arbeiten für alle Wohnungen ihres Bezirkes zu leisten, sondern sie sollen nur Unterlagen schaffen für Verordnungen, nach denen die Hausbesitzer selbst zur Abänderung der Wohnungen Pläne durch Privatarchitekten anfertigen lassen und der Behörde einreichen.

Die Not zwingt jetzt schon an vielen Stellen zu Eingriffen, wie sie zunächst aus Rußland und Ungarn als Auswüchse des Bolschewismus gemeldet waren: Belegung von Sommerwohnungen, zwangsweise Einquartierung in große Wohnungen, Sinausziehen von Junggesellen.

Auf diese Weise sind bisher den Stadtkverwaltungen zwar weitgehende Rechte übertragen, aber nicht entsprechende Verpflichtungen auferlegt. Jeder, der in einer Stadt arbeitet, gearbeitet hat, oder arbeiten will, muß gegen Entrichtung der angemessenen Miete Anspruch auf ein Mindestmaß an Wohnung haben. Die Zahl der Zimmer wird sich nach Zahl, Alter und Geschlecht der Bewohner zu richten haben; ferner müssen Zuschläge erfolgen für Kopfarbeiter, Ärzte, Rechtsanwälte usw. Auch das Einkommen des Mieters kann bei Festlegung der Mietzahlung berücksichtigt werden. Wer eine größere Zimmerzahl — im eigenen Hause oder in einer Mietwohnung — zur Verfügung hat, als ihm zusteht, sollte einer Steuer unterworfen werden, die für jedes weitere Zimmer progressiv steigt. Es ist nicht einzusehen, warum dieser Luxus nicht besteuert werden soll, da jeder andere jetzt hoch belastet wird. Aus den Erträgen dieser Steuer könnten dann Mietermäßigungen für Familien mit großer Kinderzahl und geringem Einkommen ermöglicht werden. Eine solche

Abgabe würde auch viele treffen, die es verstehen, die direkten Steuern zu umgehen.

Wir lernen ja in diesen Tagen schnell umdenken. Daß die Wohnung nicht mehr ein Feld des Individualismus bleiben kann angesichts der allgemeinen Not, ist vielen schon ein vertrauter Gedanke. Ein Beispiel: In den Zeitungen war von einem Morde im Berliner Westen zu lesen. Der Ermordete war Alleinbewohner von zehn Zimmern, während sein Sohn zwar in Berlin, aber getrennt von ihm lebte. Bei dieser Notiz war mir, trotz des abscheulichen Verbrechens, besonders auffällig die Tatsache, daß hier ein Einzelmensch soviel Räume zur Verfügung hatte, wie sie in dicht besiedelten Vierteln von vierzig und mehr Menschen bewohnt werden müssen.

Die Stadt hat die Umbaukosten zu tragen und entschädigt auch den Eigentümer, wenn durch Einbau einer Küche anstatt eines Zimmers der Ertrag sinken würde. Eine Erhöhung der Zimmerzahl durch Einbau von Wänden kommt leider nur in seltenen Fällen in Frage, weil die oft weit über Bedarf großen Räume wegen mangelnder Belichtungs- und Lüftungsmöglichkeit nicht geteilt werden können. Es handelt sich ja dann immer um tiefe Stuben mit schmaler Fensterwand. Nur bei Eckhäusern läßt sich eine Erhöhung der Zimmerzahl erreichen. Tatsächlich ist für eine kopfreiche Familie die Größe der Stuben nicht so wichtig, wie ihre Zahl und die vermehrte Wandfläche zum Aufstellen der Möbel. Die Zeit ist auch nicht danach, große Gesellschaften und Bälle in den Wohnungen abzuhalten.

Die Zahl der durch die angegebenen Maßnahmen in Villen und Miet Häusern verfügbar werdenden Wohnungen verringert die Nachfrage keinesfalls derart, daß Neubauten überflüssig werden. Es gilt ja, die Ansiedlung auf dem Lande und in Eigenhäusern mit beschränkter Selbstversorgung im Reichbild der Städte zu ermöglichen, auch die Umgestaltung unserer Industrie zu erleichtern. Um so mehr muß darauf gedrungen werden, daß den Städten ein gesellischer Zwang zum Wohnungsbau auferlegt wird. Sie können diese Aufgabe auch an Genossenschaften übertragen, die von ihnen unterstützt und beaufsichtigt werden. Trotz der Ueberteuerungszuschüsse wird ja das Bauen aus privater Initiative auf lange Zeit unwirtschaftlich bleiben, so daß dem Privatunternehmer das Feld nicht überlassen werden kann; ist doch vor dem Kriege das Bauen vielfach nur dadurch einträglich gewesen, daß durch den Bauschwindel ein Teil der Kosten unbezahlt blieb.

Da das Errichten von Etagenhäusern infolge des Kohlenmangels — von sozialen Gesichtspunkten ganz abgesehen — auf Jahre ausgeschaltet wird, so bleibt für die städtische Bautätigkeit nur der Flachbau. Dieser muß mit allen Mitteln betrieben werden, und zwar — da für dies Jahr nicht mehr viel zu hoffen ist — zum nächsten Frühjahr ohne jeden Zeitverlust einsetzend. Dabei müssen wir uns nach der Decke strecken, also mit den vorhandenen Materialien und dort bauen, wo sie vorhanden oder auf dem Wasserwege billig heranzuschaffen sind. In selteneren Fällen werden das gebrannte Ziegelstein, Tonstries und Sand zum Beton, in den meisten Fällen der Lehm in der Anwendung zu Lehmstampfbau, zu lufttrodenen oder mit Holz gebrannten Lehmsteinen.

Ein geeigneter Weg scheint mir die Zusammenstellung von kleinen Gruppen oder größeren Kolonnen der erforderlichen Arbeiter, die unter geeigneter Führung genossenschaftlich arbeiten, wie die russische Artiel, möglichst unter Mitarbeit der Siedler. Die einzelnen Arbeiten müssen so ineinandergreifen, daß auf das schnellste und billigste gebaut wird. Was an Fenstern, Türen, Treppen usw. erforderlich ist, muß in Mengen nach Normen gearbeitet und an geeigneten Plätzen auf Lager gehalten werden. In dieser Art wollen die zunächst in Sachien gegründeten „Baugemeinschaften“ wirken. Natürlich wird möglichst nach Typen gebaut werden, doch darf kein Schema Platz greifen, sondern man muß sich geschickt den örtlichen Materialien anpassen, wie wir es bei den Behelfsbauten im Felde dauernd getan haben. Wo

ein wirklich gutes, neues Patent geschützt wurde, kann ein solches Verfahren zwangsweise allen Baulustigen gegen eine von der Gemeinde gezahlte Ablösungssumme oder eine staatlich festgesetzte niedrige Lizenz freigegeben werden.

Wir brauchen also keinen kapitalistischen Betrieb mit hohen Speesen, sondern Selbsthilfe, Genossenschaft, Unterstützung durch die Allgemeinheit. Nur wenn letztere verjagt, mühten kapitalistische Unternehmungen eingreifen. Für die Bauausführung würde eine Zentralisierung nur teuer sein und schwerfällig arbeiten, ohne die örtlichen Verhältnisse auszunutzen zu können. Es ist merkwürdig, daß unsere großen Baufirmen sich durchweg auf ein System festgelegt haben, statt eine derartig elastische Bauweise anzuwenden. Schuld ist daran wohl das Reich, das seine Ueberteuerungszuschüsse anfangs nur auf massive Bauten geben wollte, statt jede Art der Wohnungsherstellung zu unterstützen, die auf wenigstens zehn Jahre Dauer versprach.

Auch die bürocratische Bewirtschaftung der Baustoffe hat viel geschadet. Man mußte sofort auf Verwendung aller Materialien hinwirken, also den Zement solchen Bezirken zuführen, in denen Ziegel und Lehm fehlen, vorher aber den für Fundamente und Verputz der Lehmbauten notwendigen Zement bereitstellen, weil auf diese Weise mit demselben Quantum mehr Bauten ermöglicht werden, als bei vollständigen Betonbauten. Ueberhaupt wird man während der ganzen Dauer der Kohlenknappheit solche Massivbauarten fördern müssen, die weniger Kohle brauchen, also Betonbau vor Ziegelbau.

Aber die Bauenden müssen auch ganz wesentlich ihre Wünsche den Zeitverhältnissen anpassen. Wer heutzutage Gelegenheit hat, eine große Zahl von Bauwünschen kleiner Gewerbetreibender, mittlerer Beamter, gelernter Arbeiter usw. zu hören, der findet fast durchweg Ansprüche an Zahl, Größe und Ausstattung der Räume, als seien wir noch ein wohlhabendes Volk, als wäre nicht alles Bauen um das Vierbis Fünffache verteuert. In den Baulustigen ist vielfach die Vorstellung erweckt worden, daß infolge genialer Erfindungen das Bauen noch immer zu niedrigen Preisen möglich sei, während es in Wirklichkeit darauf ankam, besonders unnötig gesteigerte und seltene Baustoffe zu ersetzen und vor allem überhaupt eine Bautätigkeit zu ermöglichen. Es gilt also auf viele Bequemlichkeiten zu verzichten, auch dann ergibt sich noch ein großer hygienischer, sozialer und moralischer Fortschritt gegen die überfüllten Mietkasernen der Großstadt.

Je mehr wir auf alle Arten Wohngelegenheiten schaffen und besonders die Städte entlasten, desto schneller wird die Knappheit an den früher üblichen Baustoffen und mit ihr der Schleichhandel mit der unsinnigen Ueberteuerung weichen.

Darum: Laßt uns nun endlich Taten sehen! Daneben aber Aufklärung durch Rede und Schrift! Die Wohnungsfrage ist eine der Schicksalsfragen unseres Volkes!

Dr. Ing. Kurt Ehrenberg.